

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0  
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)  
91520-15

## Inhalt

Glückwunsch für Hans  
Koschnick zum 65. Geburtstag  
- von Bremens Bürgermeister  
Klaus Wedemeler.

Seite 1

An die Aufgaben der Gerichte  
im Kampf gegen den Rechts-  
extremismus erinnert Dr.  
Hans-Jochen Vogel MdB.

Seite 3

Das Einlenken Großbritan-  
niens im Streit um die EU-Er-  
weiterung begrüßt Klaus  
Hänsch MdEP.

Seite 4

Zehn Prüfsteine für die bevor-  
stehende deutsche EU-Rats-  
präsidentschaft präsentiert die  
stellvertretende SPD-Vorsit-  
zende Heldmarie-Wieczo-  
rek-Zeul MdB.

Seite 4

Die "absurden Vorschläge" der  
CDU/CSU zu Bundeswehreinsat-  
zungen im Inneren weist Walter  
Kolbow MdB zurück.

Seite 7

Nach dem steuerpolitischen  
Konzept von Bundesfinanzmi-  
nister Waigel fragt Joachim  
Poß MdB.

Seite 8

49. Jahrgang / 62

30. März 1994

### Brief an einen Sturmerprobten

Glückwunsch für Hans Koschnick zum 65. Geburtstag am 2. April

Von Klaus Wedemeler  
Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen  
Präsident des Bremer Senats

Wir würdigen an diesem Tag mit Respekt und Dankbarkeit Deinen jahrzehntelangen politischen Einsatz, der in den vielfältigen von Dir wahrgenommenen Funktionen und Ämtern immer von dem entschlossenen Willen bestimmt war, Deinem Land, seinen Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie der deutschen Demokratie insgesamt zu dienen.

"Helfen, arbeiten und nicht verzweifeln, und auch die skeptischen Leute die Erfahrung erleben lassen, daß es mit Ehrlichkeit geht". Dieses Motto Herbert Wehners ist Dir stets Richtschnur des eigenen Handelns gewesen; mit dem Ergebnis, daß die Menschen, denen Deine politische Arbeit galt, Dein von Gerechtigkeit und Solidarität bestimmtes Tun verstanden haben und Dir heute in tiefer Verehrung und Zuneigung verbunden sind.

Über alle offiziellen Ehrungen und Lobreden weit hinaus habe ich die menschliche Verbundenheit und Wertschätzung, die Dir in der Bremer Öffentlichkeit ungeteilt entgegengebracht werden, für den wahren und ehrlichen Gradmesser der Verdienste, die Du Dir in unermüdlicher Aufopferung um unser Land, seine Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger erworben hast. Hierfür zollen wir Dir Dank und Anerkennung für mehr als dreißig selbstlos hergegebene Jahre, in denen Du Dich als Senator, als Bürgermeister und Präsident des Senats sowie schließlich als Mitglied des Deutschen Bundestages in den Dienst unseres Gemeinwesens gestellt und Dich Deinem eigenen Anspruch unterworfen hast, "mitzutun, diesen Staat menschlicher und gerechter zu machen".

"Für einen sozialen Rechtsstaat, für eine freiheitliche Demokratie und für Solidarität gegenüber allen, die auf Hilfe und Stütze angewiesen sind - dafür habe ich mich eingesetzt, dafür will ich auch künftig als Glied der Arbeiterbewegung in die Pflicht genommen werden". Diese Maxime Deines politischen Handelns hast Du nicht nur als Anspruch an Dich selbst formuliert, sondern hast nach ihr in der Praxis Deiner politischen Arbeit gelebt.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kunststoff-Übersatz  
mit verbretter Rückseite  
Recycling-Papier



Ich danke dabei natürlich zuallererst an die zwanzig Jahre Deiner Tätigkeit als Präsident des Senats für unser Land und seine Stadtgemeinden. In politisch bewegter Zeit den Wiederaufbau zu vollenden und zugleich Motor zu sein für die Einleitung zögeriger Reformen bei der Ansiedlung und Modernisierung von Betrieben, in der Bildung, beim Neubau von Wohnungen, Kindergärten, mit übertragenden Akzentsetzungen in der Forschung und Hochschulpolitik durch die Gründung der neuen Bremer Universität, - das sind die herausragenden Kennzeichnungen Deiner Amtszeit als Regierungschef.

"Gesagt - getan", "Versprochen - gehalten", war - im Wortlaut einer SPD-Broschüre aus Deiner Bürgermeisterzeit - das Credo Deiner Amtsführung, mit dem von Dir überprüfbar nachgewiesen wurde, daß auf Deine Arbeit als Erster im Senat unseres Landes in geistig und politisch außerordentlich unruhigen Zeiten unseres Landes Verlaß war.

Bei all dem sind Dir auch Enttäuschungen und Rückschläge nicht erspart geblieben. Daß Du als "Gröpelinger Jung" in politischer Verantwortung den Niedergang der AG "Weser" nicht abwenden konntest, bleibt eine Dich tief bewegende Tragödie, die wegzustecken Dir vielleicht ein weiteres Mal Herbert Wehners Lebensmotto geholfen hat: "Trotz alledem - weiterarbeiten und nicht verzweifeln". Gehandelt hast Du nach Ihr auf jeden Fall.

Bezogen auf Bremen war die Kommunal- und Innenpolitik Dein Feld, in dem Du danach getrachtet hast, auf der Ebene unseres Bundeslandes und im Zusammenwirken mit unserer Partei, der Sozialdemokratie, den Anspruch Willy Brandts "mehr Demokratie zu wagen" mit Leben zu erfüllen. In diesem Bestreben hast Du unser Land entscheidend geprägt und bist zu einem bleibenden Architekten des modernen Bremens geworden.

Doch von Neigung und Herzensbindung ist Dein Feld stets auch die Außenpolitik gewesen. Eng an der Seite Willy Brandts, im Wissen um die deutsche Schuld und durchdrungen von dem tiefen Bedürfnis, trotz des in deutschem Namen angerichteten und nicht wieder gutzumachenden Leides dennoch Wege zur Versöhnung und zur internationalen Verständigung zu finden, hast Du den Prozeß zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes nicht nur mitvollzogen, sondern die Ostpolitik Willy Brandts von Anbeginn an aktiv mitgestaltet und betrieben.

Als aufrechter Botschafter eines anderen Deutschlands und als ehrlicher Makler eines neuen auf internationale Partnerschaft und gegenseitige Achtung angelegten Interessenausgleichs hast Du Maßstäbe gesetzt, auf dem Gebiet der deutsch-polnischen Annäherung ebenso wie auf dem schwierigen Feld der deutsch-israelischen Beziehungen und überall sonst, wo Du es warst, der in komplizierter diplomatischer Mission darum bemüht war, deutsche Schuld abzutragen und Deine Pflicht zu tun gegenüber den Opfern nationalsozialistischen Unrechts oder auch in der Dritten Welt gegenüber den Elenden dieser Erde.

Auch ohne offizielle außenpolitische Funktionen unseres Staates innezuhaben, bist Du kraft Deiner Persönlichkeit immer auch ein großer Außenpolitiker gewesen, der auf seinen Reisen und in vielen persönlichen Begegnungen mit Staatsmännern und Politikern in aller Welt Türen für die deutsche Politik in einer Zeit geöffnet hat, in der wir Deutsche uns Vertrauen und Ansehen noch zu erarbeiten hatten.

Sowohl als Bürgermeister in Bremen wie auch als Diplomat für Deutschland hat der Politiker Hans Koschnick unserem Land gutgetan.

Ich sage Dir herzlichen Dank für die vollbrachten Leistungen, zu denen Dich vor allem auch Dein Sachverstand und Deine Integrität befähigt haben, die noch nicht einmal von den schärfsten politischen Gegnern in Zweifel gezogen werden konnten.

Deine eigenen Planungen sehen mit der Aufgabe Deines Bundestagsmandats ab Herbst dieses Jahres den Rückzug aus der vordersten Linie vor. Dennoch: Im neuen Lebensjahr wünsche ich Dir, dem vielfach Stürmerproben, die alte Lust, sich weiter einzumischen, auch laut und unbequem zu denken und - wo immer nötig - Partei zu ergreifen. Daneben mögen Glück, Wohlergehen und eine stabile Gesundheit Deinen weiteren Weg kennzeichnen.

Dein  
Klaus Wedemeier

\*\*\*\*\*

(-30. März 1994/hgs/ks)

**Im Kampf gegen rechts sind die Gerichte gefordert  
Das Versagen der Justiz darf sich nicht wiederholen**

**Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Vorsitzender des Vereins "Gegen Vergessen - Für Demokratie" e.V.**

Im Staat des Grundgesetzes hat Rechtsextremismus keinen Platz. Die Abkehr von allem, was den Nazismus ausgemacht hat, ist der rote Faden, der das Grundgesetz durchzieht. Darum bekämpft der Rechtsstaat des Grundgesetzes den Rechtsextremismus mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln. Eines dieser Mittel ist das Strafrecht. Daher trägt die Strafjustiz bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus eine hohe Verantwortung - nicht nur vor der Verfassung sondern auch vor der Geschichte. Es ist eine historische Tatsache: Die Republik von Weimar scheiterte auch deswegen, weil die Strafjustiz Feinde der Republik von rechts nicht so verfolgte, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Die Erinnerung an dieses Versagen der Justiz vor rechtsextremistischer Bedrohung der Demokratie muß den Umgang mit rechtsextremistischen Straftätern heute prägen. Denn auch deren Tun ist, ganz unabhängig von der konkreten Tat, immer auch ein Angriff auf die Demokratie des Grundgesetzes.

Es geht nicht in erster Linie um die Verschärfung von Gesetzen. Vielmehr ist die Anwendung des geltenden Rechts und die Ausschöpfung vorhandener Strafrahmen die Aufgabe. Jede einzelne dieser Taten ist nicht nur Angriff auf elementare Menschenrechte der Opfer, sondern auch ein Angriff auf die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in unserem Staat. Gefordert ist eine strenge Subsumption der Fakten unter die Strafgesetze. Wer den Repräsentanten der jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen in Deutschland als Volksverhetzer beschimpft und ihm die Schuld an dem Brandanschlag gegen die Lübecker Synagoge anlastet, äußert nicht nur eine politische Meinung, sondern stachelt eher zum Haß gegen die jüdische Minderheit auf und macht sie böswillig verächtlich. Und wer Brandsätze in Häuser schleudert, muß eher als Mörder und Totschläger behandelt werden - er mag dem Gericht noch so oft erklären, er habe nur ein Zeichen setzen, einen Denktzettel verpassen oder jugendliches Unbehagen ausleben wollen. Art und Höhe der Strafe müssen - auch gegenüber jugendlichen Angeklagten - dem Gedanken der Generalprävention noch stärker Rechnung tragen, als dies bisher der Fall gewesen ist. Es geht nämlich nicht allein um die Einwirkung auf die Täter, sondern auch um den Schutz des friedlichen Zusammenlebens der Menschen unter der Ordnung unseres Grundgesetzes.

Gewiß: Die Anwendung des Strafrechts ist die ultima ratio der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten, und die politische Auseinandersetzung muß klar den Vorrang haben. Aber dort, wo die anderen Mittel versagen und wo Straftaten verübt worden sind, muß die Strafjustiz ihre Arbeit auch tatsächlich tun. Eine rechtsstaatlich angemessene Reaktion des Strafrechts auf solche Taten ist möglich, wie die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus von links und einzelne gegen Rechtsextremisten ausgesprochene Urteile zeigen. Die Justiz muß eine Antwort finden, die Einwirkung auf die Täter versucht, ohne den Schutz der Gesellschaft aus dem Auge zu verlieren. Gerade gegenüber dem Extremismus von rechts gilt: Nichts wäre verderblicher als eine Strafrechtspflege, die durch ihre Urteile nicht abhält, sondern ermutigt.

Die Urteile der Strafgerichte ergehen im Namen des Volkes. Die Gerichte mögen sehen, daß sie dem Recht Genüge tun.

(-/30. März 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Hartnäckigkeit hat sich gelohnt**

**Das Europäische Parlament wird nationalistische Vetopolitik nicht zulassen**

**Von Klaus Hänsch MdEP**

**Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen  
Parlament / Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl**

Die Hartnäckigkeit des Europäischen Parlaments hat sich gelohnt. Die britische Regierung ist zur demokratischen Raison gebracht.

Geben die Regierungen der Niederlande und Belgiens heute abend ebenfalls ihre Zustimmung, dann steht der Kompromißvereinbarung im Rat nichts mehr entgegen.

Für die Bewertung durch das Europäische Parlament wird ausschlaggebend sein: die vorgesehene Vereinbarung muß sicherstellen, daß an den Prozeduren und Fristen des Maastricht-Vertrages nicht gerüttelt wird. Eine Fristverlängerung im Falle des Minderheitenanspruchs von 23 bis 26 Stimmen kann demnach nur mit Zustimmung des Europäischen Parlaments zustande kommen. Das gibt dem Parlament zusätzlichen Einfluß.

Das Europäische Parlament wird darauf achten, daß der Kompromiß nicht zu nationalistischer Vetopolitik mißbraucht werden kann.

Die Ratifizierung der Beitrittsverträge ist damit ein Stück näher gerückt.

(-/30. März 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Deutsche Verantwortung für Europa**

**Zehn Prüfsteine für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft**

**Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB**

**Stellvertretende Parteivorsitzende und europapolitische Sprecherin der SPD**

Der Vorbereitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kommt diesmal besondere Bedeutung zu. Sie erfolgt in einer Zeit, in der ein Teil der Regierungsparteien Zweifel an dem Willen zur weiteren europäischen Einbindung der Bundesrepublik Deutschland erkennen läßt. Und: Während der Ratspräsidentschaft wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wechseln.

Die SPD stellt deshalb ihre Forderungen bereits im Vorfeld der Festlegungen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages dar, damit sie in den Vorbereitungen ausreichend berücksichtigt werden.

1. Der zentrale Schwerpunkt aus unserer Sicht muß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Verwirklichung eines sozialen Europas sein. Dazu muß die Bundesregierung ihre Blockadehaltung gegenüber den weitreichenden Vorschlägen der EG-Kommission in ihrem Weißbuch "Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" aufgeben und auf die Umsetzung der Vorschläge des Weißbuches drängen.

Transeuropäische Verkehrssysteme sollten entwickelt werden, die vor allem dem Schienentransport und dem kombinierten Verkehr Vorrang einräumen und die bessere West-Ostverbindungen herstellen. Gleichzeitig sollen die europäischen Telekommunikationsnetze ausgebaut werden. Mit derartigen Initiativen werden sinnvolle Verbindungen geknüpft, und europaweit kann damit gleichzeitig der Rezession entgegengearbeitet werden.

Wir unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer EU-weiten Reform, mit der die Arbeit entlastet werden soll und umweltschädlicher Energie- und Materialverbrauch eingeschränkt werden soll. Damit werden marktwirtschaftliche Anreize für die Entwicklung energiesparender und umweltschonender Produkte und Produktionsverfahren gegeben. Es werden wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen, und es wird ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz verwirklicht.

Im Bereich von Forschung und Technologie sollen vor allem europäische Initiativen zugunsten erneuerbarer Energien und Strategien für ihre Markteinführung unterstützt werden. Kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir dabei den Zugang zu EU-Förderprogrammen erleichtern. Die Verwirklichung einer abgestimmten marktwirtschaftlichen Industriepolitik für Zukunftsbranchen ist eine notwendige Antwort auf Herausforderungen der großen industriellen Wettbewerbsregion USA, Japan und dem pazifischen Raum.

Die Bundesregierung muß sicherstellen, daß die Versäumnisse der Vergangenheit in der europäischen Stahlpolitik nicht zu einer weiteren Wettbewerbsverzerrung unter den nationalen Stahlunternehmen führen. Wir wollen die Finanzierung aus den Strukturfonds der Europäischen Union für die neuen Länder solange aufrecht erhalten, bis alle Benachteiligungen in diesen Ländern ausgeglichen sind.

Eine Lockerung der Rüstungsexportkontrollen und ein setzen auf "Neue Absatzmärkte" für Rüstungsgüter sind der falsche Weg. Wir wollen eine europäische Harmonisierung, die den restriktiven deutschen Rüstungsexportbestimmungen Rechnung trägt. Bei den Regelungen für militärisch und zivil verwendbare Güter (dual-use) müssen neben den ABC-Waffen und entsprechenden Trägertechnologien auch konventionelle Waffen einbezogen werden.

Die Europäische Union muß die vom Rüstungsabbau in besonderer Weise betroffenen Regionen beim industriellen Wandel unterstützen. Dazu wollen wir die europäischen Programme zur Konversion der Rüstungsindustrie (KONVER) fördern und ausbauen.

Wir halten strikt an den im Maastricht-Vertrag festgelegten Kriterien für Währungsstabilität fest. Die Zeitpläne sind demgegenüber kein Dogma und müssen zurückstehen, wenn es im Interesse sachgerechter Lösungen, zum Beispiel bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Überwindung der Währungskrise notwendig ist.

Wir wollen eine weltweite Handelspolitik in der Europäischen Union und gegenüber den ost- und mitteleuropäischen Ländern des Südens praktizieren. In allen vertraglichen Regelungen, zum Beispiel bei Kooperations- und Assoziierungsabkommen und auch bei den GATT-Regelungen wollen wir aber soziale und ökologische Normen verankern, die gewährleisten, daß der Freihandel auch fair erfolgt. Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Unterdrückung von Gewerkschaften dürfen sich nicht in handelspolitischen Vorteilen auswirken.

2. Wir unterstützen die zentralen Vorschläge, die die EG-Kommission im "Grünbuch zur Sozialpolitik" gemacht hat und fordern die Bundesregierung zu einer konstruktiven Haltung gegenüber dem Grünbuch auf.

Während der deutschen Ratspräsidentschaft wollen wir endlich die Richtlinie über die "Entsendung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen" durchsetzen. Sie ist insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung: Sie verhindert soziales Dumping bei zeitlich begrenzten Dienstleistungen ausländischer Firmen, zum Beispiel am Bau. Es geht vor allem darum, daß diese Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und Firmen die in Deutschland geltenden sozialen Bedingungen (Arbeits- und Urlaubszeiten) auch verpflichtend einhalten müssen.

Die Richtlinie zur Schaffung "Europäischer Betriebsräte" ist ebenfalls unabdingbar. Es ist nicht hinnehmbar, daß die Europäische Union sich in vierzehn Monaten auf die Verwirklichung des Binnenmarktes bei Versicherungen einigt, aber noch nach vierzehn Jahren die Mitbestimmungsrichtlinien für europäische Betriebsräte nicht auf den Weg gebracht hat.

3. Die im Ministerrat blockierten Richtlinien zugunsten von Frauen (zum Beispiel zur Umkehr der Beweislast bei der Benachteiligung von Frauen) wollen wir verwirklichen. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre ablehnende Haltung in diesen Fragen der Frauengleichstellung im Ministerrat endlich aufzugeben.

Wir setzen uns für die Tagung eines offiziellen Frauenministerrates ein sowie für die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Gleichstellung.

In den EU-Entscheidungsgremien muß der Frauenanteil erhöht werden. Auch in Europa sind "frauenfreie Zonen" nicht mehr hinnehmbar. Eine EU-Kommission soll speziell für Gleichstellungsfragen zuständig werden.

4. Wir unterstützen die zentralen Vorschläge der EU-Kommission zu Verbrauchsgütergarantien und Verbraucherschutz. Vor allem wollen wir erreichen, daß eine EU-weite verbraucherfreundliche Kennzeichnung von Lebensmitteln endlich Wirklichkeit wird. Lebensmittel müssen so eindeutig gekennzeichnet sein, daß Verbraucher und Verbraucherinnen klar erkennen können, ob es sich um natürliche Lebensmittel handelt oder um solche, die bestrahlt oder gentechnisch verändert wurden.

Wir wollen Regelungen verankern, die die grausame und widerwärtige Behandlung von Tieren bei Tiertransporten unterbinden. Wir werden keine Regelungen akzeptieren, die eine unbegrenzte Dauer bei Tiertransporten wöhlen oder die einen Anreiz für verstärkte Tiertransporte darstellen.

5. Wir streben eine gemeinsame Aktion zwischen EU und US-Regierung zur Umsetzung der Rio-Klimaschutzkonvention an.

Beim vorsorgenden Gewässer- und Trinkwasserschutz darf es keine Rückschritte geben.

Wir wollen eine Kurskorrektur in der europäischen Verkehrspolitik. Ihr Ziel soll sein, zu Umweltschonung und Energieeinsparung und Wettbewerbsgleichheit beizutragen. Die Regelung zum österreichischen Alpen transit sollte zum Anlaß genommen werden, um in der EU aber auch in den Abkommen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern eindeutige Priorität beim Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsträger zu setzen.

6. Wir wollen die Austauschprogramme für junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Europäischen Union ausbauen, um so bessere Kontakte zwischen jungen Menschen in Europa zu ermöglichen.

7. EUROPOL soll so schnell wie möglich zu einer wirkungsvoll arbeitenden europäischen Polizei entwickelt werden, die auch grenzüberschreitende organisierte Kriminalität wirklich verfolgen und bekämpfen kann. Die Begrenzung nur auf die Beobachtung von Drogenkriminalität und auf wechselseitige Information der EU-Mitgliedsländer in einem neuen "Amt" reicht nicht aus.

Wir wollen einen besonderen Schwerpunkt bei der Bekämpfung rechtsextremer Gewalttäter und ihrer grenzüberschreitenden terroristischen Aktivitäten innerhalb der europäischen Zusammenarbeit setzen.

8. Wir wollen dafür sorgen, daß auch in der Europäischen Union das Prinzip wirksamer Kontrolle der Finanzmittel gilt.

Der Großbritannien 1985 eingeräumte Rabatt in Höhe von jährlich sechs Milliarden DM ist heute nicht mehr gerechtfertigt.

9. Die Europäische Union muß eine partnerschaftliche Außenpolitik in den Internationalen Beziehungen verwirklichen.

Vor allem geht es um Hilfe beim Wiederaufbau in dem von Haß und Krieg zerstörten ehemaligen Jugoslawien.

Es geht uns zweitens um gemeinsame EU-Initiativen bei der Verwirklichung eines "Stabilitätspaktes" mit den mittel- und osteuropäischen Ländern. Zwischen den beteiligten Ländern sollen bilaterale Nachbarschaftsverträge abgeschlossen werden, die den jeweiligen Minderheiten Schutz garantieren und die Grenzen anerkennen. Die Ergebnisse sollten in die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa integriert werden.

Die ost- und mitteleuropäischen Länder sollen in vielfältigen Kooperationen mit Westeuropa und der Europäischen Union einbezogen werden, zum Beispiel in die Beratungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie müssen eine gesamteuropäische Perspektive erhalten.

Die Europäische Union muß sofortige Hilfe für die Aufbauarbeit in den besetzten Gebieten und für die palästinensische Autonomie leisten, damit der Friedensprozeß nicht scheitert. Die Hilfe für den Friedensprozeß zwischen Israel und den Palästinensern muß in ein Konzept regionaler Kooperation mit Israel und den anderen Ländern des Nahen Ostens eingebunden sein.

Die Europäische Union sollte alle Instrumente Ihrer Außen- und Außenhandelspolitik nutzen, um die weitere Unterdrückung des kurdischen Volks in der Türkei zu verhindern.

Sie sollte, wenn das türkische Militär weiterhin gegen das kurdische Volk vorgeht, den Einsatz von zivilen UNO-Beobachtern verlangen, um das Leben von bedrohten Menschen zu schützen.

10. Offensichtlich falsche Weichenstellungen, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen werden, werden wir ablehnen und sie auffordern, diese zurückzuziehen. Dazu gehört unter anderem der Vorschlag für die "Richtlinie zu gemeinsamen Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt". Er stellt in einem zentralen Bereich die Existenz der kommunalen Selbstverwaltung in Frage. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in allen Fragen der europäischen Weiterentwicklung die öffentliche Diskussion zu suchen, ebenso wie die Ministerratssitzungen öffentlich stattfinden sollten.

Während der deutschen Ratspräsidentschaft sollte bereits die öffentliche Diskussion über die für 1996 geplanten Reformen der Europäischen Union beginnen. Die Vorbereitung der Revisionskonferenz zum Maastricht-Vertrag, die für 1996 vorgesehen ist, darf nicht in Form der traditionellen Regierungskonferenzen a la Maastricht erfolgen.

Ein parlamentarisches Gremium aus nationalen Parlamentariern und Parlamentarierinnen und aus Abgeordneten des Europaparlaments sollte einberufen werden, um Kriterien für die zukünftige Reform festzulegen. Die Ergebnisse, die von den Regierungen aufgegriffen werden sollten, sollten dann in allen EU-Mitgliedstaaten einem EU-Referendum unterzogen werden.

(-/30. März 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Wehret den Anfängen**  
**Gegen Bundeswehreinsatz im Inneren**

**Von Walter Kolbow MdB**  
**Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Vorschläge aus den Reihen der CDU/CSU werden immer abenteuerlicher. Der Bundeswehr soll als "Risikoreserve" der Einsatz im Inneren ermöglicht werden. Die CDU/CSU sträbt eine entsprechende Grundgesetzänderung in der nächsten Legislaturperiode an. Diese Vorschläge sind absurd. Weit und breit ist keine verfassungsändernde Mehrheit dafür zu finden.

Die Streitkräfte sind aus gutem Grunde auf die Verteidigung nach außen beschränkt und für Unterstützung im Inneren nur im Katastrophenfall oder im Rahmen der Notstandsverfassung vorgesehen. Nach der Militarisierung der Außenpolitik betreibt diese Regierung nun auch die Militarisierung der Innenpolitik. Probleme der inneren Sicherheit würden dadurch in keiner Weise gelöst. Nicht von ungefähr verbindet Herr Rüttgers seinen Vorschlag mit dem Hinweis auf die Kundendemonstrationen. Er hofft, in trübem populistischem Wasser fischen zu können, weil er wohl fürchtet, seine Partei könne - wie schon auf anderen - auch noch auf diesem Gebiet ihre Kompetenz verlieren. Solche parteitaktischen Spielereien machen wir nicht mit.

Das Grundgesetz sieht die Verpflichtung unserer jungen Männer zum Dienst in den Streitkräften für die Verteidigung vor. Sie sind keine "Spielmasse" von Politikern. Sie können nicht nach Belieben verplant werden. Wer solche Vorschläge wie Herr Rüttgers macht, legt die Axt an die allgemeine Wehrpflicht. Wer die innere Sicherheit in unserem Lande erhöhen will, muß Präsenz und Wirksamkeit von Polizei und Bundesgrenzschutz erhöhen.

(-/30. März 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Waigel noch immer ohne Konzept**  
**Große Vermögen sollen stärker besteuert werden**

Von Joachim Poß MdB  
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Der Bundesfinanzminister versucht wieder einmal, mit Verdächtigungen und falschen Behauptungen über das steuerpolitische Programm der SPD von seinem eigenen Nichtstun abzulenken. Dabei ist Waigel längst im Obligo. Er kündigt immer wieder nur an, daß er Konkretes für die Steuerpolitik in der nächsten Legislaturperiode vorlegen wird. Es wird Zeit, daß er seine Zusagen endlich einlöst.

Jetzt versucht Waigel, den Steuerzahlern zu suggerieren, die SPD wolle das System der Einheitswerte beseitigen und die Verkehrswerte ohne entsprechende Anpassung von Freibeträgen anwenden. Er selbst hat noch keinen Weg aufgezeigt, wie Grundstücke zukünftig besteuert werden sollen, obwohl er genau weiß, daß mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gerechnet werden muß, das die bestehenden Einheitswerte für verfassungswidrig erklärt.

Im Diskussionsentwurf des Regierungsprogramms 1994 ist ausdrücklich festgelegt worden, daß die SPD lediglich große Vermögen steuerlich belasten will. Die Zielrichtung bei der Neuregelung der einheitswertabhängigen Steuern, insbesondere bei der Vermögenssteuer, der Erbschaftssteuer und der Grundsteuer, ist es, kleine und mittlere Vermögen nicht stärker zu belasten. Die SPD vertritt seit jeher die Auffassung, daß auch künftig diesen Steuern Einheitswerte zugrunde gelegt werden müssen, daß diese Einheitswerte aber an die tatsächlichen Verkehrswerte anzunähern sind. Auch hier hat es die Bundesregierung versäumt, die notwendigen Vorarbeiten zu leisten.

Die Bundestagsfraktion der SPD hat erst zu Beginn dieses Monats erneut deutlich gemacht, daß der Einheitswert den Verkehrswert nicht voll erreichen darf und daß verhindert werden müsse, daß das Gut "Wohnen" extrem hoch besteuert wird. Bei der Grundsteuer wird sich die SPD um Aufkommensneutralität bemühen. Bei der Erbschaftssteuer und bei der Vermögenssteuer müssen die Freibeträge so angepaßt werden, daß erhöhte Belastungen faktisch nur auf den zukommen, der leistungsstark genug ist, sie auch erbringen zu können.

(-/30.3.1994/vo-he/hgs)

\*\*\*\*\*